

Parlamentarischer Vorstoss

2026/3527

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Auswirkungen einer Ablehnung der Nachhaltigkeits-Initiative («Keine 10-Millionen-Schweiz!») auf den Kanton Basel-Landschaft
Urheber/in:	Jacqueline Wunderer
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	12. Februar 2026
Dringlichkeit:	—

Die eidgenössische Volksinitiative **«Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)»** thematisiert die langfristige Bevölkerungsentwicklung und deren Folgen für Infrastruktur, Umwelt, Wohnraumsituation und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Die Diskussion betrifft auch unseren Kanton.

Unabhängig vom Ausgang der eidgenössischen Abstimmung stellt sich für den Kanton Basel-Landschaft die Frage, welche konkreten Konsequenzen eine Ablehnung der Initiative für kantonale Themen hätte, insbesondere in Bezug auf Raumplanung, Verkehr, Umwelt- und Ressourcenschutz, Energieversorgung, soziale Infrastruktur sowie die finanzielle und personelle Belastung öffentlicher Dienste.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung im Kanton Basel - Landschaft bei einer Ablehnung der Nachhaltigkeitsinitiative? Welche Szenarien oder Prognosen liegen vor?
 2. Welche Auswirkungen hätte ein ungebremses oder stärkeres Bevölkerungswachstum auf die kantonale Raumplanung, insbesondere auf Verdichtung, Bauzonenreserven und den Schutz von Landschafts- und Erholungsräumen?
 3. Rechnet der Regierungsrat im Falle einer Ablehnung der Initiative mit einem zusätzlichen Bedarf beim Ausbau von Verkehrsinfrastruktur, öffentlichem Verkehr, Energie- und Wasserversorgung sowie Abwasseranlagen? Welche Kosten könnten daraus entstehen?
 4. Welche Folgen wären für die bereits angespannte Wohnraumsituation zu erwarten? Welche Auswirkungen hätte ein weiterhin starkes Bevölkerungswachstum auf Mietpreise, Eigentumswohnungen und die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum?
 5. Welche Konsequenzen erwartet der Regierungsrat für Umwelt, CO₂-Bilanz, Biodiversität und den Verbrauch natürlicher Ressourcen, falls das Bevölkerungswachstum nicht stärker reguliert wird?
-

6. Wie würden Schule, Gesundheitswesen, soziale Einrichtungen und Verwaltung auf weiteres Wachstum reagieren müssen? Rechnet der Regierungsrat mit zusätzlichem Personal- oder Finanzbedarf?
7. Welche Chancen und Risiken sieht der Regierungsrat für den Wirtschaftsstandort, falls die Bevölkerungsentwicklung nicht durch die im Initiativtext geforderte Zielgrösse begrenzt wird?
8. Welche Handlungsspielräume hätte unser Kanton unabhängig von einem allfälligen bundesrechtlichen Rahmen, um die Entwicklung von Bevölkerung, Infrastruktur und Umwelt nachhaltig zu steuern?

Ich bedanke mich beim Regierungsrat für die Beantwortung meiner Fragen.